

Inland

Föderalismusreform

"Die Mutter aller Reformen" auf den Weg bringen

Bundestag und Bundesrat lassen sich bis Juni von Sachverständigen unterschiedlicher Couleur in zahlreichen Anhörungen über mögliche Korrekturen am Entwurf einer Föderalismusreform informieren. In das nur einen Katzensprung vom Parlament entfernte noble Hotel Adlon lud der "Konvent für Deutschland" am Montagabend (15.05.06) ein, um vor rund 40 Journalisten für die "Reform der Reformfähigkeit" zu werben.

Von Jörg Sadrozinski, tagesschau.de

Der "Konvent für Deutschland" agiert ehrenamtlich und wird von führenden deutschen Unternehmen finanziell unterstützt. Dem Gremium unter Vorsitz von Alt-Bundespräsident Roman Herzog geht es darum, Vorschläge zur Verbesserung der Reformfähigkeit in Deutschland zu machen. Denn die honorigen "älteren und alten Herren" wollen sich nicht mit einzelnen Bereichen wie der Bildung, den Sozialversicherungssystemen oder dem Arbeitsmarkt beschäftigen, nein, sie wollen eine grundlegende "Reform der Reformfähigkeit" - die "Mutter aller Reformen".

Neben Herzog gehören unter anderen die ehemaligen Ersten Bürgermeister Hamburgs, Klaus von Dohnanyi und Henning Voscherau, der ehemalige Bundesverteidigungsminister Rupert Scholz und der Ex-BDI-Chef Hans-Olaf Henkel dazu.

Wichtigstes Ziel: die Änderung der Finanzverfassung

Dazu gehöre, so Herzog, neben einer Reform der Bürokratie und einer Kommunalreform vor allem die Änderung der Finanzverfassung. Dass die Neuregelung der Finanzverfassung bisher bei den Bemühungen um eine Föderalismusreform ausgeklammert wurde, sehen die Mitglieder des Konvents als eines der größten Versäumnisse der Föderalismuskommission an. Belege, dass eine andere, wettbewerbsorientierte Finanzverfassung mit einer klaren Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern zu mehr Effizienz führt, will Professor Hans-Peter Schneider im internationalen Vergleich festgestellt haben. Gegenüber Ländern wie Australien, Kanada, der Schweiz, teilweise aber auch Russland schneide Deutschland schlechter ab, was die finanzielle Eigenständigkeit und Verantwortung der Bundesländer betreffe, so der Direktor des Instituts für Föderalismusforschung der Universität Hannover.



Alt-Bundespräsident Herzog warnt vor einem Scheitern der Föderalismusreform

Mehr Eigenverantwortung für Länder

Mehr Wettbewerb unter den Ländern, mehr Eigenverantwortung gegenüber dem Bund lautet das Rezept der Mitglieder des Konvents. Der gegenwärtige Finanzausgleich führe lediglich dazu, dass fünf Länder rund 6,5 Milliarden Euro an die elf anderen Länder zahlten. Vielleicht, so Herzog, sei aber der Begriff "Wettbewerb" falsch, denn dabei gebe es immer Sieger und Verlierer. Der Konvent möchte dazu anspornen, das